

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon im Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig:**
Tauschaer Straße 19/21 — Telefon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Orgele-Rüstungen. Gestohlene Flugzeuge.

Berlin, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Freiheit meldet aus Frankenhäusern, daß in voriger Woche Beamte der Thüringer Landespolizei in einer dem Rentier Albert gehörigen Scheune zwei vollständige Flugzeuge gefunden hatten. Beteiligt dabei sind ein Herr Hänel und der Direktor des Technikums. Schon im vorigen Jahr wurden in Greußen in einer landwirtschaftlichen Fabrik drei Großkampflugzeuge gefunden, die vollständig gebrauchsfertig waren. Die Flugzeuge stammen höchstwahrscheinlich aus dem Flugzeugpark Göttha, sind von dort verschleppt und in sichere Verstecke gebracht worden. Allen Vernehmungen nach sollen in dortigen Gegenden noch viele Flugzeuge versteckt vorhanden sein, die für Orgele- und e. Verwendung finden sollen.

Wird der Streik der städtischen Arbeiter Berlins vermieden?

Berlin, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Aussichten für die Verhinderung des Generalkonflikts der städtischen Arbeiter in Berlin sind zur Zeit sehr günstig. Der Beschluß des Magistrats, der durch eine Mehrheit aus Bürgerlichen und Rechtssozialisten gegen die Stimmen unserer Partei zustande gekommen war, scheint in letzter Stunde eine Revision zu finden. Die Stellung der rechtssozialistischen Magistratsmitglieder war sehr unangenehm geworden, als der Vorwärts in der Frage der Güterarbeiter gegen den Magistrat Stellung nahm. Ihre Position wurde endgültig erschüttert durch das Abstimmungsresultat, das eine überwiegende Mehrheit der Arbeiter für den Streik ergab. Mehr als 75 Prozent der Arbeiter haben für den Streik gestimmt und zwar in den Elektrizitätswerken 2150 für den Streik, 105 dagegen, in den Gaswerken 4425 für, 800 gegen, in den Wasserwerken 5600 für, 1495 gegen, bei der Straßenbahn 55 für, 3825 gegen. In den ganzen städtischen Betrieben sind 30 750 Stimmen abgegeben worden, davon 24 875 für und 5875 gegen den Streik. Daraufhin hat die Berliner Gewerkschaftskommission sofort Verhandlungen mit den sozialistischen Fraktionen des Magistrats eingeleitet. Diese Besprechungen führten zu dem Verständigungsvorschlag, die den Vertretern des Magistrats insgesamt unterbreitet wurden, und bei dieser Besprechung ergab sich die Aussicht einer Beilegung der Differenzen. Inzwischen hatten allerdings die Funktionäre der Arbeiter der städtischen Betriebe eine Sitzung, die einstimmig den sofortigen Eintritt in den Streik beschloß und eine Streikleitung einsetzte. Die Versammlung vertagte sich aber um eine Stunde, um der Streikleitung Gelegenheit zu geben, den Bericht von den Verhandlungen mit dem Magistrat entgegenzunehmen. Nach der Entgegennahme dieses Berichts faßte die Streikleitung einstimmig den Beschluß, den Beginn des Streiks zu verschieben, bis am Freitag die Verhandlungen mit dem Magistrat ein endgültiges Resultat erzielt haben. Die Versammlung stimmte dem zu und erteilte der Streikleitung die notwendigen Vollmachten. Die vorläufige Note Fahne hat diese Verhandlungen aber nicht abgewartet, sondern erklärt heute morgen: „Der Generalkonflikt in sämtlichen Betrieben der Stadt Berlin ist nun zur Taube geworden. Schuld daran, daß die Arbeiterschaft zu diesem Schritt gezwungen wurde, trägt das verräterische Verhalten der SPD. und die pronokatorische Haltung des Magistrats.“ Wenige Zeilen später muß die Note Fahne dann allerdings den Bericht der Zentral-Streikleitung mitteilen, der genau das Gegenteil über den Stand des Streiks entfällt.

Der Laule-Prozess

ist, rein äußerlich betrachtet, eine Niederlage der französischen Regierung.
Sie hatte in ihrer Anklageschrift behauptet, ein französischer, in Gefangenschaft geratener Kapitän sei vom Verbandplatz weggeschleppt, auf Befehl eines deutschen Offiziers von deutschen Soldaten mißhandelt und hinterlistig erschossen worden. Ja der Offizier hätte ihn sogar selbst mit meuchlings niedergeschossen.
Wie die Zeugenaussage einwandfrei ergab, hatte sich der französische Offizier so ausgiebig Mut angetrunken, daß er nach Annahme des Dorfes durch deutsche Truppen in einem Keller aufgebunden wurde, „besoffen von Kopf bis zu Fuß“. Sogar die Belastungszeugen mußten zugeben, daß der Oberleutnant Laule weder einen Befehl zum Erschießen gegeben noch selbst einen Schuß abgefeuert habe. Die Aussagen des einen Arztes in Müßhausen müssen unter ganz sonderbaren Umständen erfolgt sein. Man konnte sich des Verdachts nicht erwehren, daß dort ein Meineid geleistet worden war. Ein anderer Zeuge gab an, daß das Müßhauser Tageblatt einer Einfindung belastende Zusätze beigefügt, die in seinem Schreiben gar nicht standen hätten.
Nach dem Gang der Verhandlung war der Freispruch also formell vielleicht berechtigt. Es will uns aber scheinen, als ob der Verteidiger mit seiner Bemerkung, daß er zum erstenmal (seit wann denn?) wieder stolz sei, ein Deutscher zu sein, etwas vorsichtiger hätte sein können.

Kann das deutsche Volk und kann Herr Laule mit seinem Verteidiger wirklich stolz darauf sein, daß deutsche Soldaten einen hochbetrunkenen feindlichen Offizier, der nicht einmal eine Waffe gezogen hat, einfach niederschlagen, nur weil er in seiner Betrunkenheit die Leute, die ihn ent Waffen wollen, mit seinen Händen von sich abwehrt oder vielleicht auch wegschleudert? Eine ganze Anzahl deutscher Soldaten umstand den Mann, bayrische Artillerie fuhr an der Gruppe vorbei, von einer Gefahr von seiten des Betrunkenen konnte keine Rede sein. Man verstand doch sonst so vorzüglich mit Kolbenstößen zu arbeiten. Ein einziger hätte von Franzosen in den Staub geworfen, so daß er leicht zu entwaffnen war. Wenn man ihn statt dessen niederschloß, so ist es begreiflich, wenn einige Zeugen von einem empörenden Morde sprachen. Trotz des Freispruchs ist die Tötung des französischen Kapitäns keine Ruhmestat, auf die das deutsche Volk stolz sein kann.

Eine Volkskundgebung gegen die Faschisten grueul.

Rom, 7. Juli. Gestern nachmittag fand in der Nähe des Kolosseums eine große Volkskundgebung gegen den Faschismus statt. Die Zeitungen schätzen die Zahl der Teilnehmer auf 15 000, Angehörige verschiedener Parteien. Die Polizei mußte mehrmals gegen die Menge vorgehen. Einige Personen wurden leicht verletzt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. 500 militärisch organisierte Arditi nahmen an der Versammlung teil.
Nach Giornale d'Italia wurde nach der Auflösung der Versammlung von den Faschisten auf der Piazza Venezia Jagd auf die Arditi gemacht. Es wurden dabei Revolvererschüsse gewechselt. Eine Schwadron trennte die Gegner.
Rom, 7. Juli. Giornale d'Italia zufolge fand bei der Belagerung der Arbeitskammer in Sestri Ponente 6000 Schüsse gewechselt worden, ungezählt die Bomben. Es sollen viele Personen verwundet worden sein. Etwa 80 Personen würden festgenommen.
Epoca meldet, daß die Faschisten die Einkaufsgenossenschaft der Kommunisten in Sestri Ponente geplündert haben.

Vor neuen Kämpfen um Wilna?

Kowno, 7. Juli. (Lit. Telegr.-Agentur.) Der polnische Volksrat in Wilna hat am 3. Juli in geheimer Sitzung beschlossen, die Bewohner der Kreise Wilna, Swenzlan und Troki zu Kampfkompanien zu organisieren, die Bewohner der Kreise Oschmian und Rost jedoch nicht zu bewaffnen, weil sie unzuverlässig seien. Es wurde beschlossen, dort eine Miliz aus ehemaligen polnischen Truppen Zeligowstis zu bilden, die sich jetzt in Litwoidern in den Wäldern versteckt halten.
Kowno, 7. Juli. (Lit. Telegr.-Agentur.) Gestern erstattete der litauische Vertreter beim Völkerbunde, Handelsminister Galvanautas, dem Sejm einen Bericht über die Verhandlungen in Genf. Als er die Vorschläge des Völkerbunds rat verlas, erhob sich bei allen Parteien lebhafter Protest. Auch die gesamte Presse ist gegen diese Vorschläge. Gestern wurde ein Ministerrat abgehalten, der sich mit der Antwort an den Völkerbund befaßte.

Frankreichs Orientpolitik.

Berlin, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die russische Zeitung bringt eine Meldung ihres Korrespondenten aus Rom, in der es heißt: Nach einem Bericht der Tribuna hat Briand vor dem auswärtigen Senatoren-Ausschuß eine Erklärung über die französische Orientpolitik abgegeben. Er führte aus, Frankreich habe das feste Vertrauen, daß der Friede im Orient unmittelbar bevorsteht. Frankreich habe seine Zustimmung zur Unterordnung seiner in Konstantinopel befindlichen Truppen unter den englischen Befehl von der Bedingung abhängig gemacht, daß sie in keinem Falle und in keiner Weise zu Kriegshandlungen Verwendung finden, die mit dem griechisch-türkischen Konflikt in Zusammenhang stehen. Die Bewegung der englischen Flotte habe in politischen Kreisen lebhafter Beunruhigung hervorgerufen.

Türkische Erfolge.

Angora, 8. Juli. (U.) Der amtliche türkische Bericht meldet, daß die griechischen Truppen im Abschnitt von Ismid bedeutende Verluste erlitten haben. Die türkischen Einheiten haben die Landungstruppen in Kara-Murza gezwungen, sich wieder einzuschiffen. Es heißt, daß das griechische Hauptquartier an der Front von Brussa aus Furcht vor einem unvermuteten Angriff der Türken zurückverlegt worden ist.

Die russische Hilfe.

Paris, 6. Juli. Wie das Journal des Debats aus Konstantinopel meldet, geht aus Nachrichten von autorisierter Stelle hervor, daß die Sowjets keine regulären Truppen der roten Armee nach Kleinasien abgeschickt haben, daß sie jedoch im Austausch aus mohammedanischen Mannschaften zusammengesetzte Abteilungen an Ort und Stelle ausgehoben haben.

Zum Landesparteitag der sächsischen U. S. P. D.

Morgen vormittag kommen die Vertreter der sächsischen Parteiorde in Leipziger Volkshaus zur diesjährigen ordentlichen Landesversammlung zusammen. Die Tagung, deren Dauer auf zwei Tage berechnet ist, steht im Zeichen der sich ständig schärfen zuspitzenden politischen Situation. Die Klassengegensätze zwischen revolutionärem Proletariat und gegenrevolutionärem Bürgertum treten immer deutlicher zutage. Abgesehen davon, daß im Reich jeden Augenblick Verhältnisse eintreten können, die eine schnelle Entscheidung und ein entscheidendes Handeln der Arbeiterschaft und der Partei notwendig machen, stehen wir in Sachsen vor wichtigen Aufgaben. Da sind zunächst die bevorstehenden Gemeindevahlen, die mit der politischen Lage in Sachsen aufs engste zusammenhängen. Seitdem der unitarische Gedanke in der Reichsgesetzgebung scharfer zum Ausdruck gekommen ist und die Länder mehr und mehr zu bloßen großen Verwaltungsgebieten geworden sind, ist auch das Verhältnis zwischen Staat und Gemeinden ein anderes geworden. Die Gemeinden gewinnen in demselben Maße an wirtschaftlicher und politischer Bedeutung, wie der Staat auf eine nur vermittelnde Zwischeninstanz herabsinkt. Gleichzeitig wächst damit aber auch ihr Interesse an der staatlichen Gesetzgebung, auf deren Beeinflussung die Gemeindeparlamente bedacht sein müssen, wenn sie die nötige Beweglichkeit für die Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben erhalten wollen. Dabei kommt es ganz wesentlich auf die Zusammensetzung dieser Körperschaften an. Die bürgerlichen Parteien haben das ganz richtig erkannt. Und wenn sie sich im Landtage mit so großem Eifer um baldige Gemeinderatswahlen bemühen, und bereits in einer ganzen Reihe von Gemeinden für die nächsten Wahlen gemeinsame Abkommen getroffen haben, so leitet sie nur das Bestreben und die Hoffnung, unter Ausnutzung der für die Arbeiter gegenwärtig weniger günstigen Situation die proletarischen Parteien zu überrumpeln und die Gemeindeparlamente unter ihre reaktionäre Herrschaft zu bringen. Diese für die Entwicklung des Gemeindelebens außerordentlich gefährlichen Pläne müssen vereitelt werden. Das kann aber nur geschehen, wenn die Arbeiterschaft genügend vorbereitet und mit der nötigen Geschlossenheit und Klarheit in den Wahlkampf geht.

In innigstem Zusammenhang mit diesem Thema steht die Erörterung über die Reform der Gemeindeverfassung. Sollen die Gemeinden die notwendige Bewegungsfreiheit bekommen, dann müssen sie zunächst von den Fesseln der noch auf die Bedürfnisse des alten Obrigkeitstaates zugeschnittenen Gemeinde- und Verwaltungsgesetzgebung befreit werden. Die Vorarbeiten dazu sind bereits im Gange. Dem Landtage soll, wenn er im Herbst wieder zusammentritt, ein Gesetzentwurf vorgelegt werden. Das hindert aber die Landesversammlung nicht, macht es ihr vielmehr zur ersten Pflicht, Stellung zu der Frage zu nehmen und zu erklären, nach welchen Grundrissen sie die Umänderung der Gemeindegesetzgebung wünscht. Wie groß das Interesse gerade an diesem Gegenstande der Tagesordnung ist, beweisen die bisher veröffentlichten Anträge aus den Parteiorde, die eine sehr lebhaftes Ausdrucks erwarten lassen.

Dasselbe gilt von der Aussprache über die politische Lage in Sachsen und über den Bericht der Landtagsfraktion. Auch hier ist eine lebhafteste Auseinandersetzung zu erwarten. Die überschwenglichen Hoffnungen, die viele Genossen im Lande darauf gesetzt haben, daß die USP. „Regierungspartei“ geworden war, sind nicht in vollem Maße erfüllt, konnten auch gar nicht erfüllt werden, da die Wirksamkeit des sächsischen Parlaments und der Regierung durch die in ihrem Wesen nach wie vor reaktionären Reichspolitik überall gehemmt wird. Es wird nicht immer leicht sein, das auch dem letzten Arbeiter plausibel zu machen. Worauf es ankommt, ist, daß durch die Aussprache auf der Landesversammlung eine Klärung herbeigeführt wird, aus der sowohl die Genossen im Lande, als auch die auf exponierten Posten stehenden Genossen haben.

Aber noch eine andere Frage steht augenblicklich im Vordergrund des Interesses und gibt der diesjährigen Landesversammlung eine ganz besondere Bedeutung. Das ist die Frage der sozialistischen Einheitsfront. Gerade in Sachsen ist eine Aussprache über dieses Thema zu einer unumgänglichen Notwendigkeit geworden. Nicht, daß wir uns bedenkenlos über all die Differenzpunkte hinwegsetzen, die heute die Arbeiterklasse trennen. Im Gegenteil: Wir sind uns der Schwierigkeiten, die der Einigung im Wege stehen, voll bewußt. Erst vor kurzem haben wir dargelegt, daß die so dringend zu wünschende Geschlossenheit aller Arbeiterparteien nicht durch papierne Resolutionen zustande kommen kann, sondern nur durch gemeinsames zielklares Handeln im Interesse des Proletariats, zu dem letzten Endes die gemeinsame Not der Arbeiter treibt. Es nützt also nichts, der Frage auszuweichen. In Sachsen läge dazu auch der allergeringste Grund vor.

Wir haben in Sachsen bereits im sächsischen Landesparlament eine Art Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiden